

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 200.09 / 07.05.2009

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 29 – Kein CO2-Endlager in Nordfriesland

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Detlef Matthiessen:

Schleswig-Holstein darf nicht zum CO2-Klo der Nation werden

Wir unterstützen den SSW-Antrag. Nordfriesland darf nicht zur Klimagas-Müllkippe der Nation werden.

In Schleswig-Holstein hat die RWE-DEA AG im März 2008 auf Antrag eine Erlaubnis nach § 7 Bundesberggesetz (BBergG) erhalten, die Möglichkeiten der Speicherung von CO₂ zu untersuchen. Der Antrag wurde vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) genehmigt. RWE DEA untersucht 3 Gebiete: in Nordfriesland, Ostholstein und der küstennahen Nordsee außerhalb der 12 Meilen Zone.

Die Untersuchungen erfolgen seismisch, Probebohrungen soll es frühestens im Sommer 2010 geben. Es liegt aber noch kein Antrag vor, in Schleswig-Holstein CO₂ geologisch zu speichern, aber das ist natürlich das Ziel der Untersuchungen.

Das Konzept CCS (carbon capture and storage) ist die große Hoffnung der Energiekonzerne trotz der vollständigen Versteigerung der CO₂-Zertifikate ab 2013 neue Kohlekraftwerke wirtschaftlich betreiben zu können. Voraussetzung ist dabei aus ökonomischer Sicht, dass CCS kostengünstiger ist als der Erwerb von Zertifikaten beziehungsweise der Handelswert der Zertifikate.

Mit der Abtrennung des CO₂, des Transportes des verflüssigten CO₂ und der Endlagerung in alten Lagerstätten von Erdöl und Erdgas sowie in so genannten tiefen salinen Aquiferen – das sind poröse Gesteinsschichten in 1000 Metern Tiefe – das klingt nicht gerade billig. Völlig unklar ist was CCS kosten wird und ob die CO₂-Endläger dauerhaft, also mindestens 10.000 Jahre, dicht sein werden.

Ich erwähne die Salzstöcke, die für die Endlagerung des Atommülls in Frage kommen. Das Beispiel Asse II zeigt uns in aller Dramatik, dass das Forschungsatommülllager schon nach

25 Jahren abgänglich ist, es sollte doch angeblich 100.000 Jahre sicher sein.

Hans Peter Villis, Vorstandsvorsitzender EnBW, hat in den Energiewirtschaftlichen Tagesfragen (ET) vom November 2008 erklärt: CCS ist für uns derzeit nicht wirtschaftlich nutzbar. Wir produzieren CO₂ dort, wo keine Speichermöglichkeiten sind. Das neue EnBW-Steinkohlekraftwerk in Karlsruhe werde zwar mit der nötigen CCS-Abscheidetechnologie ausgerüstet, doch der Transport von mehreren 100.000 Tonnen CO₂ zu verfügbaren Speichern beispielsweise in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein werde kaum finanzierbar oder durchsetzbar sein.

Die McKinsey-Studie „Carbon Capture and Storage: Assessing the Economics“ geht davon aus, dass die CO₂-Abscheidung und Speicherung ab 2030 wirtschaftlich sein kann. Der Vorstandsvorsitzende von RWE DEA Dr. Schöning rechnet mit einem wirtschaftlichen Einsatz zwischen 2010 und 2025.

Im Landeshaushalt sind beim Umweltministerium für das „Projekt zur Modellierung und Parametrierung von CO₂ Speicherung in salinen Formationen 171.400 Euro (2009) und 153.900 Euro (2010) eingestellt. Die Grüne Landtagsfraktion hatte beantragt, die Mittel zu streichen. Leider erfolglos. Hier handelt es sich um eine Subventionierung der Kohleindustrie.

Die EU-Kommission hat eine Richtlinie für CCS beschlossen. Eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige Genehmigung von Kraftwerken mit einer elektrischen Leistung von mehr als 300 MW ist der Nachweis über verfügbare geeignete Speicherstätten. Das kann zurzeit keine einziger Kraftwerksbetreiber.

Seit dem 01. April 2009 liegt ein Gesetzesentwurf zur Umsetzung des CCS Richtlinie vor. Ein Gesetz über Anlagen zur Abscheidung, zum Transport und zur Speicherung von CO₂ (Kohlendioxid-Anlagengesetz).

Schleswig-Holstein darf nicht zum CO₂-Klo der Nation werden. Wir leben von den erneuerbaren Energien und dem Tourismus, da sind CO₂-Endlager fehl am Platz. Die Grünen wollen keine neuen Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein. Da wäre es doch wirklich absurd, dass CO₂ aus NRW-Kohlekraftwerken über Pipelines in unser Land gepumpt wird, um hier höchst unsicher gespeichert zu werden.

Dem SSW-Antrag stimmen wir zu.
